

VOLKS
BLATT | SPLITTERUmstrittene
Lehrstellen-Abgabe

BERLIN – Der Deutsche Bundestag hat am Freitag eine umstrittene Lehrstellen-Abgabe beschlossen. Die Abgabe soll möglichst allen Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz verhelfen. Noch ausstehend ist der Entscheid der Länderkammer. Die Ausbildungsabgabe soll ab Herbst fällig werden, wenn die Zahl offener Lehrstellen die Bewerberzahl nicht um mindestens 15 Prozent übertrifft. Zahlen



müssen Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten, in denen Lehrlinge weniger als sieben Prozent der Belegschaft ausmachen. Das Geld soll in einen Fonds fließen und Firmen zu Gute kommen, die zusätzliche Lehrstellen einrichten. Die Abgabe soll nicht erhoben werden, wenn sich die Wirtschaft auf die in einem Entschliessungsantrag geforderte freiwillige Verpflichtung zur Schaffung von Lehrstellen einlässt. Einen solchen Pakt für Lehrstellen hatte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag vorgeschlagen. Die Wirtschaft hatte zuletzt deutlich gemacht, dass ein solcher Pakt nur ohne das Gesetz denkbar sei. Bildungsministerin Bulmahn (Bild) verteidigte die Kombination von Gesetz und Pakt. (sda)

Schutz für Frauen vor Gewalt

MADRID – Die spanische Regierung hat ein Sofortprogramm zum Schutz von Frauen vor gewalttätigen Ehemännern verabschiedet. 570 Polizisten werden dazu abkommandiert, akut gefährdete Frauen zu beschützen, teilte Sozialminister Jesús Caldera am Freitag in Madrid mit.

Spanische Richter können es schon jetzt gewaltsamen Ehemännern untersagen, sich ihren Frauen bis auf eine bestimmte Distanz zu nähern. Wenn Männer sich über diese richterlichen Auflagen hinwegsetzen, droht ihnen künftig Untersuchungshaft.

Ausserdem kann Gewalttätern in bestimmten Fällen das Recht abgesprochen werden, ihre Kinder zu sehen. Der Kampf gegen die Gewalt in der Ehe habe für die sozialistische Regierung Priorität, sagte der Minister. Madrid plant dazu ein umfassendes Paket von Gesetzen. Das Sofortprogramm soll als Überbrückung dienen.

Allein in diesem Jahr wurden in Spanien über 20 Frauen von ihren Ehemännern oder Lebensgefährten getötet. (sda)

Anschlag auf Moschee

15 Tote bei Anschlag in schiitischer Moschee in Karachi

KARACHI – Ein Selbstmordattentäter hat in einer voll besetzten Moschee der südpakistanischen Hafenstadt Karachi am Freitag ein Blutbad angerichtet. Dabei riss er mindestens 15 Menschen in den Tod.

Wie Behördenvertreter mitteilten, sprengte sich der Attentäter in einer schiitischen Moschee in die Luft, als sich dort etwa hundert Gläubige zum Freitagsgebet versammelt hatten. Rund 50 Menschen wurden demnach zum Teil schwer verletzt. Von ihnen befanden sich nach Angaben von Spitalärzten rund 25 in kritischem Zustand. «Die Explosion ereignete sich innerhalb der Moschee während des Freitagsgebets», berichtete ein Augenzeuge. Die Spitalärzte riefen zu Blutspenden für die Verletzten auf, von denen viele schwerste Verbrennungen erlitten haben.

Berichte bestätigt

Ein Berater der Provinzregierung sagte einem privaten TV-Sender, er könne vorausgegangene Berichte bestätigen, wonach es sich um einen Selbstmordanschlag handelte. Die Explosion zerstörte einen Teil des Daches der Moschee sowie einige Fenster, wie Augenzeugen berichteten.

Nach dem Anschlag kam es zu Ausschreitungen schiitischer Ju-



Der Attentäter sprengte sich in die Luft, als sich dort etwa hundert Gläubige zum Gebet versammelt hatten.

gendlicher. Sie bewarfen Polizeifahrzeuge mit Steinen und skandierten Parolen gegen die Regierung und die USA. Die Polizei riegelte den Anschlagsort ab. Die Moschee in der Nähe einer Islamschule gehörte nach Angaben der Polizei einer schiitischen Moslem-Ge-

meinde. Augenzeugen berichteten, wie sich schiitische und sunnitische Gläubige am Tatort gemeinsam um die Verletzten kümmerten.

Religiös motivierte Tat

Seit Anfang der 90er Jahre wurden in Pakistan bei religiös moti-

vierten Gewalttaten zwischen Anhängern der beiden Richtungen des Islam mehrere tausend Menschen getötet.

Etwa zehn Prozent der 140 Millionen Pakistaner zählen zur schiitischen Richtung des Islam, fast 90 Prozent zur sunnitischen. (sda)

Kopfgeld von zehn Kilogramm Gold

Bin Laden fordert Kopf von Paul Bremer und Kofi Annan

DUBAI – Dieselbe Entlohnung gebe es für die Ermordung des US-Zivilverwalters in Irak, Paul Bremer, und des UNO-Gesandten für Irak, Lakhdar Brahimi. Die Belohnung entspricht einem Betrag von rund 150 000 Franken.

Die Botschaft wurde auf der Website www.alsaha.fares.net publiziert. In einer angehängten Audio-Datei rief ein Sprecher zum heiligen Krieg der Moslems gegen die von den USA geführte Besatzungsmacht und Zivilverwaltung in Irak auf sowie gegen jeden, der mit den USA dort zusammenarbeitet. Der Sprecher nannte die UNO ein Werkzeug in den Händen von



Osama bin Laden fordert zur Ermordung von Paul Bremer und Kofi Annan auf. Als Belohnung bietet er ein Kopfgeld in Form von Gold.

Kreuzrittern. Er warf ihr vor, palästinensisches Land an Israel ausgehändigt zu haben.

Auch Länder mit UNO-Vetorecht

Weiter bot der Sprecher jedem ein Kilogramm Gold an, der einen Soldaten oder Zivilisten aus den Ländern tötet, die «Besitzer eines Vetos sind wie die Amerikaner oder Briten».

Im UNO-Sicherheitsrat haben neben den USA und Grossbritannien auch Frankreich, Russland und China ein Vetorecht. Diese wurden nicht genannt. 500 Gramm Gold versprach der Sprecher denjenigen, die einen Bürger der mit den USA verbündeten Staaten wie Japan oder Italien töten. (sda)

ANZEIGE

VOLKSCARD

Orchesterkonzert
Am Freitag, 4.6. um 20 Uhrerhalten Sie mit der VOLKSCARD
im Montforthaus in Feldkirch

25 % Rabatt auf den Eintritt

Profitieren Sie als
-Abonnent von
Vorzugspreisen

Schandfleck für USA

Rumsfeld muss Rede und Antwort stehen

LONDON/WASHINGTON – Obwohl sich US-Präsident George W. Bush wegen Misshandlungen von irakischen Kriegsgefangenen entschuldigt hat, fordern die Demokraten erneut politische Konsequenzen.

Sein Verteidigungsminister muss vor dem Kongress ums politische Überleben kämpfen. Donald Rumsfeld musste sich gestern dem Streitkräfte-Ausschuss im Senat stellen.

Es wurde erwartet, dass er sich dabei entschuldigen werde, berichtete der Nachrichtensender CNN unter Berufung auf Pentagon-Kreise. Zuvor hatte Senator John Kerry, der Präsidentschaftskandidat der

US-Demokraten, nach all den Fehlleistungen den Rücktritt von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld gefordert. Am Swiss Economic Forum bezeichnete der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore die Misshandlungen und die Folter irakischer Gefangener als «Schandfleck für die Ehre der USA». Die amerikanische Bevölkerung sei deswegen tief beschämt, sagte Gore. Doch nicht nur von den Demokraten müssen sich Rumsfeld und US-Generalstabschef Richard Myers Vorwürfe gefallen lassen. Auch in den Reihen der Republikaner wird kritisiert, sie seien nicht ausreichend über das Ausmass der Misshandlung informiert worden. (sda)

++++ Zu guter Letzt...++++

Stadiongrosser Krater

PASADENA – Nach einer sechswöchigen Gelandetour über den Roten Planeten hat der Mars-Rover «Opportunity» einen stadiongrossen Krater erreicht. Die NASA veröffentlichte im kalifornischen Pasadena eine spektakuläre Panoramaaufnahme des Ein-

schlagkraters «Endurance» (Ausdauer), in dem der Rover nach weiteren Wasserspuren suchen soll. Das Bild zeigt mehrere freigelegte Gesteinsschichten an den Kraterinnenwänden. «Es ist der bislang spektakulärste Anblick, den wir von der Marsoberfläche gewonnen haben», kommentierte der Chefwissenschaftler. (sda)

